V38 Gegen Rassismus, Diskriminierung und rechten Terror: Enquete-Kommission zu Berliner Behörden und Verwaltung

Antragsteller*in:	Philmon Ghirmai (KV Berlin-Neukölln)
Tagesordnungspunkt:	TOP 8 Verschiedenes
Status:	Zurückgezogen

Der NSU war kein Einzelfall. Dies hat uns zuletzt der rechte Terror in Hanau, dem zu viele Menschen zum Opfer fielen, schmerzlich vor Augen geführt. Nur wenige Tage zuvor wurde das bundesweit agierende rechtsextreme Netzwerk, die sogenannten „Gruppe S", überführt. Auch sie planten Morde und Gewalttaten. Von rechtsextremen Gruppierungen und Einzelpersonen, die Unterstützung in Wort und Tat finden, geht fortwährend eine große Bedrohung aus. Konkret richten sie sich gegen marginalisierte Gruppen, zivilgesellschaftliche Akteur*innen, Politiker*innen und Journalist*innen. Sie zielen darauf ab, unser demokratisches Gemeinwesen zu untergraben, auszuhöhlen und abzuschaffen. Besorgniserregend ist vor allem die Verharmlosung des Gefährdungspotenzials und die wiederkehrende Verstrickung zwischen Mitarbeiter*innen von Sicherheitsbehörden auf der einen und rechtsextremen Gruppierungen auf der anderen Seite.

Rechter Terror in Neukölln

Auch in Berlin geht von Neonazis und Rechtsextremen Gewalt aus. Im Besonderen die Neuköllner Zivilgesellschaft sieht sich seit Jahren dieser Bedrohung ausgesetzt. Bündnis 90/Die Grünen Berlin verurteilen diese Angriffe, die sich gezielt gegen People of Color und gegen Bürger*innen richten, die sich für unsere vielfältige Gesellschaft und gegen faschistisches und rechtes Gedankengut einsetzen. Alleine zwischen Mai 2016 und März 2019 zählte die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus in Neukölln 55 Anschläge, die von Sachbeschädigung über persönliche Bedrohung bis hin zu lebensgefährdender Brandstiftung reichten.

Bündnis 90/Die Grünen Berlin steht solidarisch an der Seite der betroffenen Personen. Um diesen Gewalttaten zu begegnen, müssen wir uns konsequent mit ihnen auseinandersetzen und den nationalistischen, faschistischen und rechtsextremen Strukturen entgegentreten.

Wir kritisieren, dass trotz zahlreicher Hinweise auf den Täterkreis bis heute substanzielle Ermittlungserfolge seitens der Berliner Sicherheitsbehörden fehlen. Gleiches gilt für den Mord an dem Neuköllner Burak Bektaş im Jahr 2012, der bis heute nicht aufgeklärt ist, und für die Ermordung von Luke Holland im Jahr 2015, deren Hintergründe noch immer nicht abschließend ausgeleuchtet sind. Diese Situation ist für die Betroffenen und deren Angehörigen unerträglich. Durch die bisher erfolglosen Ermittlungen zur rechtsextremistischen Gewalt-Serie in Neukölln gibt es nachvollziehbare Befürchtungen, dass es Personen in den Sicherheitsbehörden gibt, die die Täter*innen und deren Taten schützen. Wir kritisieren Senator Andreas Geisel und die zuständige Senatsverwaltung für Inneres und Sport dafür, dass sie hierauf zu spät und nicht mit dem gebotenen Aufklärungswillen reagiert und eine unabhängige Aufarbeitung und Untersuchung bis heute nicht ermöglicht haben.

Die Berliner Polizei ist ein wichtiger Akteur, um die Offenheit unserer Stadt sowie die Freiheit und Sicherheit aller Berliner*innen zu garantieren. Wir möchten, dass die Täter überführt werden. Zwar begrüßen wir, dass mit der BAO Fokus die bisherigen Ermittlungen erneut geprüft und Fehleranalysen betrieben werden. Dennoch gibt es ein berechtigtes Interesse der Betroffenen nach Aufklärung, dem bis heute nicht umfassend nachgekommen wird.

Rechte Strukturen und Diskriminierung in den Berliner Behörden

Wir nehmen zur Kenntnis, dass verfassungsfeindliche Vorkommnisse in der Berliner Polizeibehörde endlich systematisch erfasst werden. Wir begrüßen außerdem, dass unsere Forderung nach der Einrichtung einer*eines unabhängigen Bürger- und Polizeibeauftragten endlich erfüllt wird. Diese Stelle wird ein wichtiger Anlaufpunkt für Bürger*innen sowie für Polizist*innen. Sie kann besonders Beamt*innen dabei unterstützen, etwaige rechte Aktivitäten und Strukturen in ihren eigenen Reihen zu melden und einer unabhängigen Untersuchung zuzuführen.

Die genannten Maßnahmen sind erste Schritte, um das Vertrauen der Berliner*innen in die Sicherheitsbehörden zurückzugewinnen. Darüber hinaus erwarten wir, dass Polizei und Verwaltung systematisch und transparent durchleuchtet werden. Es darf in Zukunft kein Behördenversagen die lückenlose Aufklärung von rechter Gewalt verhindern! Die Bildung potentieller rechter Strukturen und Netzwerke in den dortigen Reihen ist zu unterbinden.

Wir erkennen an, dass der rechte Terror auch die Folge rassistischer Kontinuitäten ist, die von der Politik und Gesellschaft zu lange ignoriert worden sind. Wir verurteilen, dass sich viele Berliner*innen in ihrem Alltag regelmäßig aufgrund unterschiedlicher Zuschreibungen Diskriminierung ausgesetzt sind. Und dies leider auch durch staatliche Stellen in der Berliner Verwaltung. Das von uns vorangetriebene Landesantidiskriminierungsgesetz ist ein wichtiger Baustein, um dem entgegenzuwirken und Berliner*innen vor Diskriminierung zu schützen. Aber auch hier gilt: Wir müssen darüber hinaus proaktiv und systematisch diskriminierende Strukturen in den Berliner Institutionen und in der Verwaltung erkennen und diese abbauen.

Enquete-Kommission einrichten: Aufklären und neues Vertrauen schaffen

Aus diesem Grund fordern wir die Einrichtung einer parlamentarischen Enquete-Kommission, die über den begrenzten Bereich der Sicherheitsbehörden hinaus auch systematisch diskriminierende Strukturen und Ausschlussmechanismen in der Berliner Landesverwaltung untersucht. Durch die Beteiligung von Vertreter*innen der Zivilgesellschaft als Sachverständige, ist diese besonders geeignet, eine kritische Bestandsaufnahme und Analyse sowie ein transparentes Verfahren zu ermöglichen.

Die Kommission soll mindestens die folgenden Aufgaben erfüllen:

- Rassistische bzw. diskriminierende Strukturen in der Berliner Verwaltung identifizieren und institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen erarbeiten, um diese abzubauen. Diese Handlungsempfehlungen müssen insbesondere darauf abstellen, Bürger*innen und Mitarbeiter*innen wirksam vor Diskriminierung zu schützen. Kriterien für verbindliche Beschwerdeverfahren und -stellen bei Rassismus und Diskriminierung müssen entwickelt werden, spezifische Diversitäts- und Antidiskriminierungsstrategien implementiert, diskriminierungskritische Organisationsuntersuchungen eingeleitet werden. Besonders in den Blick zu nehmen sind vulnerable Gruppen und deren Schutz und Empowerment. Systematisch sollten dabei unter anderem Institutionen und Bereiche untersucht werden, in denen Diskriminierung besonders häufig auftritt. Hierzu zählen u.a. Schulen, Hochschulen, Sozialbehörden, Justiz -und Sicherheitsbehörden sowie die Einwanderungsbehörde.

- Rechte und diskriminierende Strukturen in Berliner Sicherheitsbehörden sollen identifiziert werden, die „Racial Profiling“, Rassismus und andere Formen der gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit befördern. Institutionelle und zivilgesellschaftliche Handlungsempfehlungen sollen erarbeitet werden, um diese abzubauen. Dabei sollen insbesondere die Polizeiausbildung, polizeiliche Richtlinien,

Anweisungen sowie die behördliche Organisationsstruktur bei Sicherheitsbehörden und Justiz untersucht werden.

Unterstützer*innen

Sebastian Walter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Vivian Weitzl (KV Berlin-Neukölln); June Tomiak (KV Berlin-Kreisfrei); Benedikt Lux (KV Berlin-Steglitz/Zehlendorf); Susanna Kahlefeld (KV Berlin-Neukölln); Annika Gerold (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Andreas Audretsch (KV Berlin-Neukölln); Swantje May (KV Berlin-Neukölln); Dominik Reich (KV Berlin-Neukölln); Pascal Striebel (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Tobias Wolf (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Willi Junga (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Georg P. Kössler (KV Berlin-Neukölln); Anna Hoppenau (KV Berlin-Neukölln); Thore Hagemann (KV Berlin-Neukölln); André Schulze (KV Berlin-Neukölln); Jutta Brennauer (KV Berlin-Neukölln); Sarah Jermutus (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Lars Denkena (KV Berlin-Mitte); Qosay Amer (KV Berlin-Neukölln); Lutz Weischer (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Malena Weduwen (KV Berlin-Neukölln); Patrick Berg (KV Berlin-Neukölln); Vasili Franco (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Svenja Borgschulte (KV Berlin-Pankow); Christopher Peter (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Annabelle Wolfsturm (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Oliver Powalla (KV Berlin-Neukölln); Canan Bayram (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Ingrid Bertermann (KV Berlin-Mitte); Miriam Siemon (KV Berlin-Neukölln); Fabio Wasilewski (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Ario Ebrahimpour Mirzaie (KV Berlin-Mitte); André Stephan (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Carola Scheibe-Köster (KV Berlin-Neukölln); Chantal Münster (KV Berlin-Marzahn/Hellersdorf); Silvia Rothmund (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Nathalie Schlenzka (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Hendrik Böckermann (KV Berlin-Mitte); Oliver Jütting (KV Berlin-Pankow); Friedemann Dau (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Sebastian Weise (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Johannes Mihram (KV Berlin-Mitte); Wolfgang Schmidt (KV Berlin-Kreisfrei); Claudia Schulte (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Joana Zühlke (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Rahul Schwenk (KV Berlin-Neukölln); Sarah Schneider (KV Berlin-Neukölln); Laura Reiner (KV Berlin-Neukölln); Anja Schillhaneck (KV Berlin-Kreisfrei); Kathleen Judith Hughes (KV Berlin-Neukölln); Wolfgang Ewert (KV Berlin-Neukölln); Felix Rösch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Frank Schmuntzsch (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Igor Leonidovic Fayler (KV Berlin-Neukölln); Astrid Bialluch-Liu (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Julie Steinen (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); David Hartmann (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Sascha Krieger (KV Berlin-Pankow); Hanna Steinmüller (KV Berlin-Mitte); Manuela Gabriel (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Bettina Jarasch (KV Berlin-Pankow); Henrik Rubner (KV Berlin-Mitte); Sarah Ribbert (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Mathias Adelhoefer (KV Berlin-Reinickendorf); René Lutter (KV Berlin-Neukölln); Jana Eva Brix (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Santina Wey (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg)